

Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik

Jahrbuch

Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik

Herausgeber:

Prof. Dr. Richard Sturn, Graz, Prof. Dr. Ulrich Klüh, Darmstadt

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Hans Albert †, Heidelberg • Prof. Dr. Miriam Beblo, Hamburg • Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Bremen • Prof. Dr. Bernhard Emunds, Frankfurt • Prof. Dr. Simon Gächter, Nottingham • Prof. Dr. Erik Gawel, Leipzig • Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Siegen • Dr. Martin Held, Tutzing • Prof. Dr. Gerhard Illing, München • Prof. Dr. Angela Kallhoff, Wien • Prof. Dr. Ulrich Klüh, Darmstadt • PD Dr. Lisa Knoll, Paderborn • Prof. Dr. Gisela-Kubon-Gilke, Darmstadt • Prof. Dr. Andrea Maurer, Trier • Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, Kassel • Prof. Dr. Notburga Ott, Bochum • Prof. Dr. Fabienne Peter, Warwick • Prof. Dr. Lucia Reisch, Kopenhagen/Friedrichshafen • Prof. Dr. Michael Roos, Bochum • Prof. Dr. Michael Schmid, Augsburg • Prof. Dr. Johannes Schmidt, Karlsruhe • PD Dr. Irmi Seidl, Zürich • Prof. Dr. Andreas Suchanek, Leipzig • Prof. Dr. Ulrich Witt, Jena

Erscheinungsweise:

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich.

Das *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik* ist ein interdisziplinäres Jahrbuch, dessen Fokus vor allem die normativen Fundamente der Ökonomik und ihre institutionellen Voraussetzungen bilden. Obwohl seine Ausrichtung nicht ausgesprochen wirtschaftspolitisch ist, gehören die praktisch-politischen Implikationen einer kritischen Reflexion solcher Grundlagenfragen zu den immer wiederkehrenden inhaltlichen Anliegen ebenso wie methodologische Abklärungen. Jede Ausgabe ist einem thematischen Schwerpunkt gewidmet, der von den Herausgebern unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Herausgeber-Beirats ausgewählt wird und der Thematik der jährlichen Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in der gleichnamigen Reihe entspricht. Eine große Bandbreite und Vielfalt von Ansätzen und Zugängen zum jeweiligen thematischen Schwerpunkt sind Programm. Das Jahrbuch wendet sich ebenso an Wissenschaftler:innen der Ökonomik und benachbarter Disziplinen wie an thematisch allgemein Interessierte. Vorschläge von Leser:innen für Themenschwerpunkte und spezifische Beiträge sind willkommen.

Redaktion Jahrbuch: ulrich.klueh@h-da.de • richard.sturn@uni-graz.at

Richard Sturn, Ulrich Klüh (Hg.)

Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik

Jahrbuch 22

Schattenwirtschaft – Schattenpolitik.
Scheitert die Transformation?

Metropolis-Verlag
Marburg 2025

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<https://portal.dnb.de>> abrufbar.

Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik,
Band 22: Schattenwirtschaft – Schattenpolitik. Scheitert die Transformation?, Marburg: Metropolis-Verlag, 2025

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<https://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2025

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1623-8

Inhaltsverzeichnis

Ulrich Klüh und Richard Sturn

Trumpismus: Polit-ökonomische Kippunkte zwischen
Schattenpolitik und Schattenwirtschaft.

Einleitende Bemerkungen 7

Grundlegende Perspektiven: Schattenwirtschaft und -politik in transformativen Konstellationen

Ulrich von Alemann

Schattenpolitik in der Transformation.

Begriffliche und konzeptionelle Grundlagen 33

Angela Kallhoff

Wie schwache Demokratien Schattenwirtschaft befördern
und öffentliche Güter zerstören

47

Richard Sturn

Schattenpolitik und Transformation 71

Analytisch-empirische Perspektiven: Schattenwirtschaft und -politik in Aktion

Felix Rossmann

Zum Verhältnis von nachhaltigkeitsbezogener Transparenz und
strategischem Sichtbarkeitsmanagement

99

Walter Reese-Schäfer

Strategische Privatisierung – Ursachen und Konsequenzen 115

Alexandra Keiner

Remittances: Digitalisierung als Ausweg aus
der Schattenwirtschaft? 135

**Zivilgesellschaftliche und weiterführende Perspektiven:
Schattenpolitik als Herausforderung**

Christina Deckwirth

Lobbyismus bremst Klimaschutz: Die problematische Nähe
zwischen fossiler Industrie und Politik 155

Richard Sturn

Renten und Ressourcen-Fluch 169

Trumpismus: Polit-ökonomische Kippunkte zwischen Schatten- politik und Schattenwirtschaft

Einleitende Bemerkungen

*Ulrich Klüh und Richard Sturn**

Abstract: Anhand einer konzeptionellen und inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Begriffen „Schattenpolitik“ und „Schattenwirtschaft“ beleuchten wir einige wichtige und oft unterbelichtete Dimensionen des Trumpismus und seiner inzwischen zahlreichen Varianten in anderen Ländern. Damit liefern wir eine analytische Ausgangsbasis zum Verständnis der Ursprünge, Mechanismen, Konsequenzen und normativen Implikationen der Geschehnisse in und um das Weiße Haus – und an den anderen Orten, an denen sich aktuell institutionelle und organisatorische Strukturen herausbilden, die sich zu polit-ökologischen und polit-ökonomischen Kippunkten entwickeln könnten und das Projekt einer reflexiven Moderne grundsätzlich in Frage stellen.

Keywords: Rent seeking, policy failure, transformation, polycentric governance, state, public sector, reflexive modernity, transformation.

JEL-Classification: D72, H1, B00

* Prof. Dr. Ulrich Klüh, Zentrum für Nachhaltige Wirtschafts- und Unternehmenspolitik (ZNWU), Holzhofallee 38, 64295 Darmstadt • [ulrich.klueh@h-da.de]. Prof. Dr. Richard Sturn, Universität Graz, Schumpeter Centre, Universitätsstraße 15, A-8010 Graz • [richard.sturn@uni-graz.at].

1. *Trumpismus als Schattenpolitik?*

Seit dem zweiten Wahlsieg Donald Trumps im November 2024 und dem Amtsantritt der Trump-II-Administration im Januar 2025 überschlagen sich Medien – sowohl des Mainstreams als auch kritischer Gegenöffentlichkeiten – in teils empörten Kommentaren zu den Maßnahmen der Trump-Administration. Diese Maßnahmen zielen nach Ansicht vieler Beobachter*innen letztlich auf die Aufhebung jener Trennung von Sphären, auf welcher demokratische Verfassungsstaaten beruhen: der Gewaltenteilung, also einem System von Checks und Balances, und der Trennung von ökonomischer und politischer Macht, wie sie etwa durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht ermöglicht (wenn auch nicht sichergestellt) werden. Nicht selten wird die Perspektive des Wegkippens hin zu einem autoritären System in den Raum gestellt. Gerade die Verbindung der im Weißen Haus konzentrierten geopolitischen und geökonomischen Macht mit der Macht der Tech-Konzerne und Teilen der „Finanzelite“ verleiht dieser Sorge eine nicht zu unterschätzende Relevanz.

Viele der Beiträge in diesem Band wurden in den Monaten vor dem erneuten Amtsantritt Trumps verfasst. Die begleitende Tagung des Jahrbuchs „Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik“ fand im März 2024 an der Evangelischen Akademie in Tutzing statt, also ca. ein Jahr, bevor erste konkrete Politikmaßnahmen eingeleitet und somit für eine vorläufige wissenschaftliche Bewertung zugänglich gemacht wurden. Trotz (oder vielleicht sogar aufgrund) dieser zeitlichen Distanz zu tagespolitischen Aufregungen und der inhaltlichen Differenz zu den unüberschaubaren Konkretisierungen populistischer Politik antizipiert und analysiert dieses Jahrbuch zahlreiche wichtige und oft unterbelichtete Dimensionen des Trumpismus und seiner inzwischen zahlreichen Varianten in anderen Ländern. Es liefert in seiner Gesamtheit eine analytische Ausgangsbasis zum Verständnis der Ursprünge, Mechanismen, Konsequenzen und normativen Implikationen der Geschehnisse in und um das Weiße Haus und an den anderen Orten, an denen sich aktuell institutionelle und organisatorische (Un-)Strukturen herausbilden, die leicht zu Kippunkten für liberal verfasste Demokratien werden könnten.

Wir beschreiben diese Strukturen als eine Kombination von *Schattenpolitik* und *Schattenwirtschaft*. Mit dem Begriff Schattenpolitik be-

zeichnen wir dabei vorläufig (eine eingehende begriffliche Auseinandersetzung erfolgt im folgenden Abschnitt) Entscheidungen, die von kollektivem Interesse sind, aber jenseits der etablierten Grenzen demokratischer Politik getroffen werden – in den Zwischenräumen zwischen öffentlichen und privaten Sphären. Nicht selten unter dem Deckmantel der Alternativlosigkeit versuchen Partikularinteressen Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, die alle betreffen und somit Angelegenheiten demokratischer Politik sein sollten. Diese werden privaten Maximierungskalkülen untergeordnet, sei es durch direkte Einflussnahme auf die Regulierung („regulatory capture“) oder durch die vermeintliche Entpolitisierung von Entscheidungen, die unvermeidlich politisch sind. Paradoxerweise vereint der Trumpismus zwei scheinbar gegensätzliche Bewegungen: Er prangert die Entpolitisierung von Entscheidungen sowie deren Verlagerung in als elitär empfundene „Governance-Netzwerke“ an, die sich in vielen „liberalen Demokratien“ in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben. Gleichzeitig radikalisiert er diese Entpolitisierung und Verlagerung zur Sicherung und Ausweitung der eigenen Macht, indem er einerseits zentrale Politikfelder wie den Klimawandel dem politischen Prozess entzieht, andererseits eigene unübersichtliche Governance-Netzwerke aufbaut.

Mit dem Begriff der Schattenwirtschaft werden üblicherweise wirtschaftliche Aktivitäten beschrieben, die nicht von staatlichen Institutionen erfasst und reguliert werden. Dies impliziert keineswegs, dass sie vom politischen Geschehen unabhängig sind, im Gegenteil. Politik (insbes. aber keineswegs nur die Steuer- und Abgabepolitik) ist sowohl Auslöser für, Konsequenz von und Korrektiv einer derart konzipierten Schattenwirtschaft. Spätestens die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007, der Dieselskandal, Bitcoin oder die Panama Papers haben gezeigt: Wenn sich Unternehmen in einem wirtschaftlich liberalisierten, aber politisch regulierten Umfeld befinden und dabei scharfer globaler Konkurrenz ausgesetzt sind, gibt es starke Anreize, Geschäftsaktivitäten hin zu neuen Formen von Schattenwirtschaft zu verlagern. Schattenbanken, Steuerhinterziehung oder die systematische Umgehung von Umweltauflagen sind Beispiele hierfür.

Schattenwirtschaftliche Praktiken sind seit jeher bekannt, gewinnen aber in der aktuellen Konstellation zweier tiefgreifender Transformationen eine besondere Bedeutung. Die bewusste Entziehung wirtschaftlicher Aktivitäten aus regulierten und besteuerten Bereichen kann der

Transformation hin zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaft entscheidend schaden, denn sie behindert sowohl die effektive Durchsetzung als auch die Finanzierung sozial-ökologischer Politik (Abschnitt 4). Im Kontext der digitalen Transformation führen solche Aktivitäten zu Machtkonzentrationen, die dann auch wieder schattenpolitisch wirksam werden (Abschnitt 3). Dabei greifen zwei Effekte ineinander. Einerseits sind die meisten Modelle gelungener Transformation durch einen erhöhten (regulatorischen und oft auch finanziellen) Zugriff staatlicher/öffentlicher und im besten Falle demokratisch legitimierter Stellen charakterisiert (siehe hierzu das Jahrbuch 15 und das Jahrbuch 19 in dieser Reihe). Ein Abgleiten in die Schattenwirtschaft erschwert somit die Herausbildung transformativer Staatlichkeit. Andererseits verstärken erfolgreiche Versuche des Staates, die Wirtschaft im Sinne transformativer Zielsetzungen zu steuern, Anreize, schattenwirtschaftliche Strukturen auszubilden.

Die meisten Beiträge in diesem Band orientieren sich an einer Begriffsverwendung, die mit den beschriebenen Zusammenhängen zwischen Transformation und Schattenwirtschaft im Einklang steht. Es geht ihnen auch und vor allem um eine normative und kritische Reflexion der negativen Effekte schattenwirtschaftlicher Phänomene in Transformationsprozessen. Gleichzeitig erkennen viele Beiträge aber auch an, dass eine umfängliche Verwendung des Begriffs *Schattenwirtschaft* eine konzeptionelle Öffnung für Bereiche erfordert, die nicht aufgrund einer aktiven Flucht aus dem Blickwinkel staatlicher Akteure entstehen (wie im Fall von Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit). Vielmehr geht es auch und nicht zuletzt um Praktiken, Akteurskonstellationen und Zusammenhänge, die sich außerhalb des Blickfelds der Öffentlichkeit abspielen, weil sie sich jenseits epistemischer und ontologischer Grenzen ansiedeln, die in der politischen Ökonomie selbst angelegt sind. Wie Alemann in seinem Beitrag zu diesem Jahrbuch treffend vermerkt: „Die im Schatten sieht man nicht.“ So spielen sich die im Jahrbuch 21 dieser Reihe ausführlich diskutierten Phänomene der „Commons-Ökonomie“ oder auch der Sorgewirtschaft nicht selten in jenen Schatten ab, die sich zwischen öffentlichen und privaten Sphären bilden. Wenn vor diesem Hintergrund schon der etablierte Begriff der Schattenwirtschaft immer wieder neu zu reflektieren und abzugrenzen ist, stellt sich beim weitaus weniger gebräuchlichen Begriff der Schattenpolitik erst recht die Frage: Worüber reden wir?

2. *Was ist Schattenpolitik?*

Der einleitend (und auch in den meisten Beiträgen zu diesem Jahrbuch verwendete) Begriff von Schattenpolitik setzt voraus, dass es für das Teilsystem Politik ein Set von (formellen und/oder informellen, expliziten und/oder impliziten) Regeln gibt, deren Verletzung oder Umgehung zur Schattenpolitik führt. Genauere Vorstellungen zu einem solchen Regelsystem hängen freilich vom jeweiligen Politikverständnis ab: Wer demokratisch-deliberative Problemlösungspolitik als Konzept zugrunde legt (z.B. Jürgen Habermas), wird etwas andere Regeln in den Vordergrund stellen als Vertreter*innen demokratischer Politik, die durchaus unterschiedliche Auffassungen vertreten und letztere z.B. verstehen als

- agonalen, konfliktreichen Wettbewerb (z.B. William Connolly oder Chantal Mouffe),
- Ausdruck republikanisch-partizipatorischer Politikideale (z.B. Philipp Pettit, Michael Sandel oder Cass Sunstein),
- friedlich geregelte Zirkulation von Eliten (z.B. Ludwig von Mises),
- Kompromissfindung in einem „pluralistischen“ Setting konfligierender Interessen und unterschiedlicher Weltbilder (Hans Kelsen).

Allerdings gibt es bedeutende Schnittmengen zwischen diesen unterschiedlichen Konzepten demokratischer Politik. Diese werden alle zumindest Checks und Balances (in welcher Form auch immer) enthalten, zumal Institutionalisierungen und Mechanismen zur Verhinderung überschießender Machtkonzentration bzw. dauerhafter Hegemonie sogar außerhalb demokratischer Verfassungsstaaten anzutreffen sind. Denn dass Partikularinteressen oder eine spezifische Gruppe besonders machtbewusster Akteure ein dauerhaftes Monopol auf die Entwicklung eines Regelsystems und jegliche Renten-Appropriation erhält, ist nicht nur mit allen genannten Paradigmen demokratischer Politik unvereinbar, sondern birgt gravierende Risiken in Hinblick auf eine funktionale Verengung politischer Systeme. Der Begriff Schattenpolitik im eingangs verwendeten Gebrauch ist vor dem Hintergrund eines durchaus heterogenen Spektrums sehr unterschiedlicher Politikverständnisse verwendbar – auch wenn die empirische Analyse/Diagnose von Schattenpolitik je nach Paradigma einen unterschiedlichen Fokus haben und auf unterschiedliche Sensibilitäten Bezug nehmen wird.

Es gibt jedoch noch eine weitere Möglichkeit, den Begriff Schattenpolitik zu verstehen. Dabei benennt „Schattenpolitik“ nicht primär ein Defizit oder einen pathologischen Zustand, sondern bezieht sich auf die informelle Kompensation von Defiziten des formellen Systems nicht-marktförmiger Institutionen und Arrangements – bzw. spontane sozio-ökonomische Prozesse mit politischen Implikationen, die sich in einem von den etablierten Funktionssystemen nicht abgedeckten Vakuum entfalten.

Diese Ambivalenz der möglichen Verständnisse ist übrigens ganz analog zu den mehrdeutigen Konnotationen des Begriffs „Schattenwirtschaft“: Vor dem Hintergrund eines tauglichen, brauchbar funktionierenden Regelsystems für die Ökonomie ist Schattenwirtschaft (etwa die Verletzung von Regeln gegen Korruption oder die Beschäftigung von Personen außerhalb der dafür vorgesehenen arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen) pathologisch. Insofern das Regelsystem der etablierten Wirtschaftsordnung aber selbst von gravierenden und schwer heilbaren Verzerrungen durchsetzt ist, mag Schattenwirtschaft (z.B. Schwarzmärkte oder graue Märkte) zwar problematische, aber nicht eindeutig negative punktuelle Abhilfen bieten. Derartiges konnte/kann übrigens sowohl unter marktwirtschaftlichen als auch unter planwirtschaftlichen Bedingungen beobachtet werden, wie die halboffiziellen Beschaffer bei Input-Engpässen in der Sowjetunion (*Tolkatschi*) zeigen.

Im Spannungsfeld dieser Ambivalenzen bewegen sich die Beiträge zu diesem Band. Christina Deckwirth (anhand aktueller Probleme des Lobbyismus), Angela Kallhoff (mit Bezug auf die Gefährdung demokratierelevanter öffentlicher Güter als Schlüsselproblem in der Entstehung von Schattenpolitik) und Richard Sturn (in seiner Analyse transformationspolitisch prekärer Schattenpolitik) fokussieren, diskutieren und analysieren teils ausdrücklich, teils implizit Normensysteme, deren Umgehung bzw. Verletzung als pathologische/pathogene Schattenpolitik zu betrachten ist. Walter Reese-Schäfer relativiert indes den kritischen (hinsichtlich der Bewertung aktueller schattenwirtschaftlicher Tendenzen pessimistischen) Grundtenor dieser Beiträge. Er stellt die These auf, dass die von ihm analysierten zurückliegenden Episoden der neoliberalen Wende nach den 1970er Jahren weniger mit kritikwürdiger Schattenpolitik (im Sinne von Argumentationslinien à la Colin Crouch oder Wolfgang Streeck) als mit Antworten auf im keynesianischen Wohlfahrtsstaat entstandene Problemlagen zu tun hatten.

Wie immer man die in erheblichen Aspekten vom linksliberalen Mainstream adoptierten Tendenzen der Privatisierung und Deregulierung à la Reagan und Thatcher im Einzelnen bewerten mag: Elon Musks zeitweilige Ernennung zum Behördenleiter durch Präsident Trump besitzt durchaus Symbolkraft hinsichtlich der Triftigkeit der vom Ökonomen Warren Samuels (einem Vertreter des klassischen U.S.-amerikanischen Institutionalismus) schon vor Jahrzehnten geäußerten These, bei gewissen Deregulierungsmaßnahmen gehe es weniger um die offiziell annoncierte effizienzfördernde Straffung des Regelsystems als um die Neuaushandlung der Frage, wer die „Rule Maker“ und wer die „Rule Taker“ seien (vgl. Sturn 2004) – also um prekäre Schattenpolitik zugunsten durchsetzungsstarker Partikularinteressen.

Schließlich gehen zwei Beiträge von einem eher neutralen Begriff von Schattenpolitik und -wirtschaft aus. Sie fragen nach den Lücken und Dysfunktionalitäten des aktuellen polit-ökonomischen Regimes, die dazu beitragen, dass Aktivitäten außerhalb etablierter und regulierter Kanäle abgewickelt werden (Alexandra Keiner) oder eine Tendenz zur Verschleierung aufweisen (Rossmann). Paradoxerweise verschärfen punktuelle Regulierungsmaßnahmen, die im Glauben an die Möglichkeit und Überlegenheit offener und freier Märkte ergriffen werden, nicht selten das Problem schattenwirtschaftlicher Strukturen. Sie schaffen hier und jetzt Anreize und Ansatzpunkte zur Verdunkelung wirtschaftlicher Aktivitäten und erwecken vorübergehend den falschen Eindruck von erhöhter Transparenz. Schattenpolitische Strukturen führen nicht selten dazu, dass solche Spielräume geschaffen werden. Gerade in der digitalen und der sozial-ökologischen Transformation, die von Keiner beziehungsweise Rossmann in den Blick genommen werden, erweist sich dieser Mechanismus als entscheidend.

3. Schattenpolitik und -wirtschaft in der digitalen Transformation

Der bedenkliche Schulterschluss, der sich seit dem Wahlsieg Donald Trumps zwischen großen Teilen der Digitalwirtschaft und der US-Administration herausbildet, ist gleich aus mehreren Gründen besorgniserregend. Erstens befördert er eine neue Form der Kombination wirtschaftlicher, medialer und staatspolitischer Macht, die die für Demo-

kratien konstitutive Kontrolle und Einhegung von Potenzialen zum Machtmissbrauch erheblich einschränkt. Zweitens haben die entsprechenden Strukturen das Potenzial, sich selbst zu perpetuieren und zu verstärken. Denn einerseits wird die Macht der Digitalkonzerne gefestigt, indem bestehende Regulierungen abgebaut werden (bzw. deren Abbau in Jurisdiktionen außerhalb der Vereinigten Staaten durch die Androhung von Strafzöllen erzwungen wird). Andererseits wird die Macht rechtspopulistischer Strukturen gefestigt, indem die Digitalkonzerne ihre zaghaften Versuche, deren Kommunikationsstrategien einzudämmen, stark reduzieren. Drittens deutet nichts darauf hin, dass sich ernsthaft Widerstand gegen die Allianz aus Silicon Valley und Trumpismus aufbaut. Die Europäische Union (EU), die die wirtschaftlichen und technologischen Potenziale hierzu hätte, scheint weder willens noch in der Lage zu sein, die kurzfristigen Kosten, die ein ernsthaftes Streben nach digitaler Souveränität mit sich brächte (von Strafzöllen bis hin zu einer temporären Einschränkung bei der Verfügbarkeit gewisser digitaler Dienstleistungen), auf sich zu nehmen. Demokratischen Ländern des globalen Südens, wie Brasilien und Indien, die trotz ihres niedrigeren Entwicklungsstands zu konsequenteren Maßnahmen bereit sind, fehlt es an internationalen Partnern. Diese schrecken entweder vor US-amerikanischen Sanktionsdrohungen zurück oder verfolgen, wie China und Russland, ihre eigene, autokratische Version einer „Schattendigitalisierung“.

Doch woran liegt es, dass sich demokratische Politik gerade im Kontext der digitalen Transformation so schwertut, den durchaus existenten technologischen Alternativen zur schattenwirtschaftlichen und -politischen Digitalisierung Vorschub zu leisten? Technologisch ist der Aufbau europäisch kontrollierter sozialer Netzwerke, öffentlich-rechtlicher Strukturen der Informationsverbreitung oder auch datenschutzorientierter Cloud-Infrastrukturen ja ein durchaus machbares Unterfangen, das zeigen nicht zuletzt autokratische Regime. Die Umsetzung dieser Möglichkeiten scheidet häufig an Durchsetzungsproblemen und somit letztlich an Machtfragen (siehe hierzu Klüh 2025 sowie das Jahrbuch 18 in dieser Reihe). Macht konstituiert sich im Plattformkapitalismus auf eine besondere, von Pfadabhängigkeiten geprägte Art und Weise. Die Ursprünge der modernen, netzwerkbasierten Digitalwirtschaft an der Schnittstelle zwischen militärisch-staatlichen und radikal unregulierten, privaten Bereichen wirken sich hier ebenso

aus wie der Umstand, dass das Internet zu einem Zeitpunkt Breitenwirkung entfaltete, zu dem das freie Spiel der Marktkräfte und des privaten Unternehmertums als alternativlos galten. Schattenwirtschaft und -politik spielen in diesem Prozess seit jeher eine zentrale Rolle und wirken mit

- technologisch-infrastrukturellen Aspekten (insbes. Netzwerk- und Skaleneffekten, die Monopolisierungs- und Oligopolisierungstendenzen fördern),
- sich im Zeitverlauf verschärfenden strukturellen Abhängigkeiten (die vom einzelnen Content Creator über Kommunen und Gebietskörperschaften bis hin zum großen global agierenden Unternehmen die unterschiedlichsten Akteure betreffen),
- ökonomisch-finanziellen Aspekten (insbes. dem Zugang zu und der bereits erfolgten Anhäufung von riesigen Kapitalsammelstellen)
- sowie normativ-kulturellen Aspekten (die bestehende hegemoniale Deutungsansprüche verstärken und verschleiern)

zusammen. Unter der Ausnutzung des Zugangs zu großen Datenmengen sowie zu den diese Datenmengen generierenden und nutzenden Algorithmen werden Akteursnetzwerke ausgebildet, deren „unsichtbare Architekturen“ aus dem Lehrbuch der Machtforschung stammen könnten.

Diese Architekturen gedeihen besonders gut unter drei miteinander eng verwobenen Entwicklungen, die sich als unterschiedliche Formen der Entbettung von gesellschaftlichen Teilsystemen im Rahmen der Herausbildung einer „liberalen Moderne“ beschreiben lassen:

- der Entbettung von Märkten aus politischen Gemeinwesen (und damit aus Institutionen mit verteilungspolitischer Gestaltungsmacht) im Sinne von Polanyi im Rahmen von Globalisierungsprozessen,
- der Trennung und Loslösung weiterer sozialer Systeme aus ihrem ursprünglichen Kontext oder ihrer Umwelt im Rahmen von Prozessen der funktionalen Differenzierung oder schlicht Modernisierung,
- der vermehrten Herauslösung ökonomischer Rationalitätsvorstellungen und Erzählungen aus der materiellen Bedingtheit des Wirtschaftens, die als Folge von Liberalisierungs-, Individualisierungs- oder auch Finanzialisierungsprozessen beschrieben werden kann.

Die erste dieser drei Entwicklungen, die meist unter dem Schlagwort „Globalisierung“ zusammengefasst werden, kann „Schattendigitalisierung“ zwar auch eindämmen, indem sie beispielsweise neue Öffentlichkeiten schafft und so Alternativen stützt (wie jüngst im Fall der Solidarität mit Brasiliens Bestreben, die Macht US-amerikanischer Tech-Konzerne einzudämmen). Im Kern jedoch unterminiert Globalisierung (und der Glaube an ihre Unvermeidbarkeit) den Aufbau einer demokratisch legitimierten Gegenmacht zu bestehenden digitalen Herrschaftsstrukturen. Globalisierung und demokratische Kontrolle schließen sich tendenziell aus, wenn, wie aktuell und auf absehbare Zeit, keine globalen demokratischen Institutionen existieren (Rodrik 2011). Offensichtlich ist gerade der Ruf nach „digitaler Souveränität“ ein Ruf nach Deglobalisierung, denn es geht um individuelle, lokale, nationale oder europäische Alternativen zu Prozessen und Strukturen, die bisher „von außen“ oder von international agierenden Konzernen auf globalen Märkten bezogen werden. Selbst bei einem hochfunktionalen System des Multilateralismus ist dieser Logik nicht zu entkommen, denn mit jedem multilateralen Kompromiss geht auch ein Verzicht auf Souveränität einher. Souveränitätsbestrebungen wie jene der Europäischen Union (EU), die sich dieser Logik zu entziehen suchen, sind deshalb zum Scheitern verurteilt. Explizit nationale Ansätze hingegen erweisen sich als partiell wirkungsvoll, wie die Erfahrungen einer Reihe von BRICS-Staaten zeigen (Jiang 2024). Allerdings sind sie nur in seltenen Fällen Ausdruck gelungener Demokratie, sondern der autokratischen Versionen einer Kombination aus Schattenwirtschaft und -politik. Dort wo sie tendenziell demokratisch ablaufen, wie in Brasilien oder Indien, werden sie offen als Elemente einer Herauslösung aus globalen Kontexten konzipiert und gegenüber der Bevölkerung kommuniziert. Doch auch in diesen Fällen können sie eine sanfte Version der Schattenpolitik begünstigen, im Rahmen derer Entscheidungen vermehrt technokratisch und „in Hinterzimmern“ getroffen werden. Schattenwirtschaft und Schattenpolitik sind in der digitalen „Transformation“ offensichtlich keine Randphänomene, sondern prägende Kräfte.

Für Vertreter*innen klassischer Modernisierungstheorien wie Parsons und Eisenstadt ist dies zunächst nicht überraschend. Diese beschreiben gesellschaftlichen Wandel als einen Prozess der funktionalen Ausdifferenzierung, der Rationalisierung und der zunehmenden Formalisierung von Institutionen. Als Modernisierungsphänomen wird

Digitalisierung zunächst als Wachstumsmotor oder Möglichkeit zur Effizienzsteigerung und zur Ausweitung von Steuerungsmöglichkeiten wahrgenommen. Schnell wird jedoch offensichtlich, dass die digitale „Transformation“ nicht ausschließlich in regulierten Bahnen verläuft, sondern neue Grauzonen hervorbringt, in denen Schattenwirtschaft und Schattenpolitik ihre Wirkung entfalten: In der Schattenwirtschaft entstehen mit Kryptowährungen, neuen Formen der Plattformarbeit oder informellen Online-Märkten ambivalente Sphären wirtschaftlicher Aktivität, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen. Gleichzeitig werden viele der Institutionen, die als Grundbedingung funktionsfähiger Gesellschaften gelten, in Frage gestellt. Nicht ein linearer Prozess der Rationalisierung, sondern ein dialektischer Prozess bricht sich Bahn, im Rahmen dessen modernistischer „Fortschritt“ und die Eröffnung neuer informeller Strukturen – die in vormodernen Mustern wie persönlicher Absprache, fehlender Transparenz oder Vermeidung institutionalisierter Regeln verankert sind – in ein Wechselspiel treten. Schattenpolitik ist in ähnlicher Weise in den Modernisierungsprozess eingebettet. Digitalisierung schürt die Hoffnungen auf eine zunehmende Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse, die mit wachsender gesellschaftlicher Komplexität einhergehen, gleichzeitig stellt sie diese Erwartung in Frage, indem sie Bereiche intransparenter Einflussnahme schafft.

An der Schnittstelle zwischen Schattenwirtschaft und Schattenpolitik treten Wechselwirkungen ein, die mit den modernistischen Vorstellungen einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft nur noch eingeschränkt in Einklang stehen. Es kommt zu einer transformativen und nicht mehr modernistischen Eigendynamik, in deren Mittelpunkt die Herausbildung eines Kontrollzentrums steht, das zumindest partiell in der Lage ist, die Funktionsweise einer großen Anzahl von gesellschaftlichen Sphären, vom Rechtssystem bis hin zur Religion, neu auszurichten. Genau hier setzt die Trumpsche Allianz mit der Digitalwirtschaft an. Noch ist unklar, ob sich die entsprechenden Entwicklungen besser als Form der „reflexiven Modernisierung“ (im Sinne von Beck et al. 1996) oder als Transformation im Sinne von Polanyi (1944) beschreiben lassen. Denn ähnlich wie der Markt bei Polanyi, verändert die Schattendigitalisierung die Gesellschaft in ihren Tiefen- und Breitenstrukturen so, dass auch Grundbedingungen der reflexiven Moderne verletzt werden. Dabei werden Konventionen und Institutionen in Mit-

leidenschaft gezogen, die zur Aufrechterhaltung eines komplexen, auf Freiheitsrechten und wissenschaftlichen Erkenntnissen fußenden, Gemeinwesens und zur Gewährleistung von Ausgleich und Aushandlung von entscheidender Bedeutung sind – und Letztere sind durchaus ein wesentlicher Teil reflexiver Modernisierung:

„Wer ‚reflexive Modernisierung‘ sagt, bestreitet in diesem Sinne die Legende von der Heimatlosigkeit in der Moderne. Auch die Entwurzelungsmetaphorik erscheint schief, halb wahr, weil sie den Willen zur Moderne verfehlt. Die Menschen werden – mit vielen, oft katastrophalen Zusammenbrüchen – in eine andere Welt katapultiert, aber in sie integriert.“ (Beck 1992: 24)

Insgesamt zeigt sich, dass Schattenwirtschaft und Schattenpolitik in der sogenannten „digitalen Transformation“ zwar als Ausdruck einer ambivalenten, reflexiven „Modernisierung“ beschrieben werden können, die sich selbst in Frage stellt. Gleichzeitig birgt diese Beschreibung jedoch die Gefahr, zu kurz zu greifen. In der Welt des Trumpismus und der neuen Autokratien revidiert die Schattendigitalisierung das nach Beck „irreversible Einverständnis in die Moderne“, die bestehenden Erwartungen an Rationalisierung, Transparenz und institutionelle Kontrolle, die Fähigkeit zur Selbstkritik und auch die „neue Unübersichtlichkeit“ (Habermas), die der „zweiten Moderne“ eigen sind. Paradoxerweise könnte sich die Digitalisierung als ein Prozess *transformativer Modernisierung* erweisen. Während üblicherweise die Leitdifferenz zwischen Transformation und Modernisierung beiden Begriffen erst ihre Bedeutung verleiht (siehe Klüh 2015), wird diese Leitdifferenz durch das Zusammenspiel von digitaler Schattenpolitik und digitaler Wirtschaft verwischt. Diese Verwischung ist bei Beck und anderen Vertreter*innen seiner Denkschule bereits präsent, allerdings ist ihre Konsequenz vorgegeben: denn die Moderne transformiert sich in sich selbst zurück („Die Moderne transformiert das industriegesellschaftliche Institutionengefüge, und die Reflexivität ist Maßstab und Medium dieser Transformation“, Beck 1992: 24). Bei Polanyi hingegen verselbständigt sich Transformation, der Begriff gewinnt eine eigene Bedeutung, weil er als ergebnisoffen zu denken ist.

In beiden Ansätzen spielt schließlich auch die Herauslösung digitalwirtschaftlicher Denkweisen und Rationalitäten aus ihrer materiellen Bedingtheit eine entscheidende Rolle, und damit die dritte Entwick-

lung, im Rahmen derer die unsichtbaren Architekturen der Schattendigitalisierung gedeihen. Dies lässt sich besonders gut anhand der Debatte um künstliche Intelligenz (KI) zeigen (siehe insbes. Crawford 2021): Die De-Materialisierung von Digitalisierungsdiskursen ist eine wesentliche Bedingung der Machtstrukturen, die die Schattendigitalisierung stützen. Der Erfolg von KI-Systemen basiert entscheidend auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie auf prekärer, oft unsichtbarer und schlecht bezahlter menschlicher „Schattenarbeit“. Die Ausblendung dieser materiellen Voraussetzungen der Digitalisierung begünstigt Schattenwirtschaft und -politik gleich mehrfach.

- So ist die Bereitschaft politischer Akteure, die Digitalwirtschaft nicht einer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen, eng mit den meist wenig fundierten Heilsversprechen verbunden, die im Umfeld von KI, Blockchain und ähnlichen Technologien prägend sind (Klüh et al. 2022). Diese Heilsversprechen erweisen sich spätestens dann als illusorisch, wenn ihre Energie- und Materialbedarfe berücksichtigt werden. Unterbleibt dieses, können digitalwirtschaftlicher Akteure ihre Verschleierungsstrategien weitaus effizienter umsetzen.
- Die Ausblendung des Materiellen geht mit einer Ausblendung von Verteilungskonflikten einher: Die Energie, die Flächen und die Seltenen Erden, die zur Errichtung von Rechenzentren verwendet, stehen erst einmal nicht für alternative Verwendungen zur Verfügung, die für soziale Gruppen jenseits der Tech-Elite unter Umständen einen größeren Nutzen aufweisen
- Die Ausblendung der materiellen Arbeit (und der Arbeitsbedingungen, unter denen diese stattfindet) schwächt einen entscheidenden Antagonisten des digitalen Kapitals, die organisierte Arbeitnehmerschaft. So wird die Ausbildung eines mit dem digitalen Kapitalismus in Einklang stehenden Klassenbewusstseins erschwert, zumal die politische Rolle eines solchen Bewusstseins im Rahmen der zweiten Moderne schon erheblich geschwächt wurde.

Es wird häufig unterschätzt, wie wichtig diese Aspekte für das Ermöglichen von Schattendigitalisierung sind. Als noch wichtiger erweist sich die Herauslösung ökonomischer Rationalitätsvorstellungen und Narrative aus der materiellen Bedingtheit des Wirtschaftens in der zweiten Transformation, der sozial-ökologischen.

4. *Schatten der sozial-ökologischen Transformation*

Noch besorgniserregender als die Allianz des Trumpismus mit der US-Digitalwirtschaft sind seine ökologischen Auswirkungen. Dabei geht es weniger um Trumps ökologische Bilanz, die von Rückschritten im Klimaschutz, einer erheblichen Schwächung von Umweltregulierung und einer Stärkung fossiler Energien geprägt ist. Trump nutzt Klima- und Umweltpolitik als strategisches Feindbild, um seine politische Basis zu mobilisieren: gegen internationale Eliten („America First“), gegen Binneneliten (Liberale, Wissenschaft, NGOs) und zugunsten einer Erzählung von Freiheit und nationaler Stärke. Klimapolitik wird so nicht sachlich-wissenschaftlich, sondern symbolisch und vor allem politisch verhandelt – als Projekt der „anderen“, gegen das sich das „wahre Amerika“ wehren muss. Wie in Trumps jüngster Rede vor den Vereinten Nationen im September 2025 sehr deutlich wird, schließt dies die Bildung einer „Allianz der Unwilligen“ ein, womit die Klimapolitik zum ersten Mal auch die geopolitische Relevanz erhält, die ihr zusteht. Paradoxe Weise erweist sich der Klimaleugner Trump damit als der erste wirkliche (und zudem mit Macht ausgestattete) Klimapolitiker. Der Trumpismus kann für sich beanspruchen, das bisher modernistisch und weitgehend unpolitisch behandelte Thema der planetaren Grenzen endlich zu dem gemacht zu haben, was es im Kern ist: ein politisches und vor allem geopolitisches Feld, in dessen Kern es um Verteilungskonflikte geht.

Latour (2018) greift diesen Umstand auf und erklärt ihn zum Kern des Trumpschen Politikansatzes. Der Trumpismus setzt an der Überzeugung an, dass die zweite, reflexive Moderne ein Ende gefunden hat. Denn deren wesentlicher Horizont, die Herausbildung einer voll integrierten Weltwirtschaft und Weltgesellschaft im Rahmen des liberalen Projekts der „Globalisierung“, kann die Massen nicht mehr beruhigen und schon gar nicht überzeugen, weil mittlerweile jeder mehr oder weniger klar versteht, dass es keine reale, materielle Welt mehr gibt, die dieser Vision eines gelobten Landes als Grundlage dienen könnte: Das „Globale“ ist für den Planeten Erde einfach eine Nummer zu groß. Trump macht Politik auf der Basis der Angst der Menschen, die sich nun fragen: Wenn unser bisheriges Ziel von der Landkarte verschwunden ist, wohin wenden wir uns? Die Erkenntnis, dass die Zukunft nicht mehr die ist, die sie einmal war, und dass die Erde nicht

für alle heute lebenden Menschen reicht, liefert die Antwort auf die Frage: Zurück in die glorreiche Vergangenheit, in der Amerika groß war und an erster Stelle kam.

Latour (2017, eigene Übersetzung) führt aus:

„Die Originalität von Trump liegt darin, dass er in einem einzigen Schritt das rücksichtslose Streben nach maximalem Profit ..., den rückschrittlichen Drang einer ganzen Nation hin zu ethnischen Spaltungen und schließlich die explizite Leugnung der geologischen und klimatischen Situation miteinander verbindet.“

Und weiter:

„So wie es dem Faschismus gelang, Extreme zu verbinden ... verbindet der Trumpismus Extreme und täuscht die Welt mit seinen Trivialitäten. Anstatt die beiden Bewegungen – vorwärts in Richtung Globalisierung und zurück in Richtung des alten nationalen Terrains – einander gegenüberzustellen, tut Trump so, als könnten sie miteinander verschmolzen werden. Diese Verschmelzung ist natürlich nur möglich, wenn die Existenz eines Konflikts zwischen Modernisierung einerseits und materiellen Realitäten andererseits geleugnet wird. Daher die Rolle des Klimawandelskeptizismus, der ohne diese Leugnung nicht zu verstehen ist. ... Es ist sinnlos, sich darüber zu ärgern, dass Trumps Wähler den Fakten keinen Glauben schenken: Sie sind nicht dumm. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade weil die geopolitische Gesamtsituation geleugnet werden muss, ist die Gleichgültigkeit gegenüber Fakten so wichtig. Würden sie den enormen Widerspruch erkennen, müssten sie auf den Boden der Tatsachen zurückkommen. In diesem Sinne definiert der Trumpismus (wenn auch negativ, indem er die gegenteilige Position einnimmt) die erste ökologische Regierung.“¹

Die Herauslösung der Wirtschaft und von Fortschrittsnarrativen aus ihrer materiellen Bedingtheit ist somit ein konstitutives Element des Trumpismus. Dieses liegt auch ganz wesentlich der diesem politischen Projekt eigenen „Antriebswelle“ aus Schattenwirtschaft und Schatten-

¹ Einer der wenigen Politiker, die dies zumindest in den Anfängen intuitiv verstanden haben, war der französische Präsident Emmanuel Macron, der auf Trumps Ankündigung, das Pariser Übereinkommen zum Klimaschutz zu verlassen, mit dem Slogan „Make Our Planet Great Again“ antwortete und damit ein erstaunliches Maß an Mobilisierung in sozialen Netzwerken hervorrief.

politik zugrunde: Innenpolitisch beruht das „Make America Great Again“ oder die MAGA-Bewegung und jene Strömungen in der republikanischen Partei, die ihr direkt und indirekt den Weg bereitet haben (wie bspw. die Tea-Party, die NRx-Bewegung oder auch neokonservative Strömungen mit ihren jeweiligen Geldgebern), nicht zuletzt auf undurchschaubaren Allianzen mit reichen Unterstützer*innen, die wie die Koch-Brüder missionarisch gegen jedwede Klimapolitik angehen oder wie Elon Musk Teile ihres wirtschaftlichen Erfolgs auf systematisches Greenwashing aufgebaut haben. Außenpolitisch ist Trumps geopolitische Positionierung stark durch die Zusammenarbeit mit schattenpolitischen und gleichzeitig extraktivistischen Akteuren charakterisiert. Und ideologisch speist sie sich aus einer libertär-nationalistischen Community, die Institutionen und Organisationen strikt ablehnt, deren Funktion es ist, Licht in die Schattenwirtschaft zu bringen.

Gerade aus einer europäischen Perspektive sowie für jene, die nach einem Gegenpol zum „extraterrestrischen“ (Latour) und nationalistischen Politikansatz Trumps suchen, wäre es nun vor allem interessant, die im Trumpismus radikalisierte Negierung planetarer Grenzen im Hinblick auf ihre Implikationen für die liberale und auf Globalisierung zustrebende Moderne zu reflektieren und dabei beide Modernen in den Blick zu nehmen. Leider bietet diese Einleitung hierfür nicht ausreichend Raum. Offensichtlich sucht der Trumpismus die Loslösung von einigen Kernbestandteilen der zweiten, auf Individualisierung, Pluralisierung und Kosmopolitisierung fußenden Moderne – vor allem auch mit seiner Bereitschaft, die Rolle wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht als zwiespältig zu kritisieren, sondern rundweg zu ignorieren. Er sucht die partielle Rückkehr zur ersten Moderne (mit seiner Betonung von Industrialisierung und Nationalstaat sowie seinem Fortschritts-optimismus). Doch in einigen anderen Bereichen werden Fundamente der zweiten Moderne nicht in Frage gestellt, sondern transformiert, mit erheblichen Implikationen an der Schnittstelle von Schattenwirtschaft und -politik:

- So werden die starken *Formen der Individualisierung*, die sich bei Vertreter*innen der zweiten Moderne vor allem in einer Herauslösung aus traditionellen Bindungen zu Familie, Religion und Klasse widerspiegeln, in die Domäne des Wirtschaftens projiziert – was der libertären Bereitschaft, zur Durchsetzung ökonomischer Parti-

kularinteressen auch in Schattenbereiche des Wirtschaftens und der Politik vorzudringen, Vorschub leistet.

- Ebenso wird die *Auflösung der Klassengegensätze* weiter vorangetrieben, die die zweite Moderne kennzeichnet. Indem der Immobilienmogul Trump die Leerstelle besetzt, die die traditionelle Arbeiterbewegung hinterlassen hat, rückt er zunächst Teile der Arbeiterschaft wieder ins Licht, die in den letzten Jahrzehnten immer mehr ein Schattendasein fristeten. Mit dem hierdurch erwirkten Vertrauen der Arbeiterschaft im Rücken ist es dann möglich, eine neue Illusion der nationalistischen Auflösung von Klassengegensätzen voranzutreiben.
- Auch die *Dominanz der Finanzmärkte* wird im Trumpismus aufrechterhalten, ganz im Einklang mit den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Wiederum versteht es der Trumpismus eindrucksvoll, der Skepsis von „Main Street“ gegenüber „Wall Street“ Raum zu verleihen, beispielsweise indem er die Folgen seiner Zollpolitik auf Aktienkurse gelassen hinnimmt und als vernachlässigbare Nebenwirkung einer an sich notwendigen Medizin verkauft. Mit dem hierdurch erwirkten Image des Verteidigers der kleinen Leute gegen die Finanzmärkte lässt es sich dann umso besser deren Dominanz festigen.

Die genannten Kontinuitäten richten unseren Blick auf drei Elemente, die die beiden kapitalistischen Modernen miteinander teilen und die zur Erklärung schattenwirtschaftlicher und -politischer Phänomene im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation entscheidend sind: Erstens werden beide Modernen von einer bestimmten Vorstellung von Freiheit charakterisiert, die untrennbar mit der Vorstellung von unbegrenztem materiellen Wachstum und ökologischer Ausbeutung verbunden ist (vgl. hierzu insbes. Charbonnier 2022). Wenn diese Freiheit durch sozial-ökologische Politik effektiv eingeschränkt wird (wie bspw. in den ersten Versionen des europäischen Green Deal), kann sich die Moderne (mangels eines alternativen Freiheitsbegriffs) nur behaupten, wenn sie Wachstums- und Ausbeutungsspielräume mittels Schattenpolitik und -wirtschaft zurückerobert. Zweitens muss es in beiden Modernen eine kontinuierliche Verschleierung von Klassengegensätzen geben. In der Klima- und Umweltpolitik hat diese Ver-

schleierung eine bisher zentrale Rolle gespielt, nicht zuletzt mit Hilfe von Argumentationsfiguren der zweiten Moderne (siehe hierzu insbes. Latour/Schultz 2022 sowie Klüh 2022). Drittens lässt sich die zentrale Differenz zwischen beiden Modernen in einem Bereich nicht aufrecht-erhalten: dem der Finanzmärkte (siehe hierzu Mügge 2006). Diese zentrale Differenz besteht im Objekt der Modernisierung, das in der zweiten Moderne die moderne Gesellschaft (als im Kern menschliches Handeln) selbst ist, in der ersten Moderne hingegen die traditionelle Gesellschaft. Diese lässt sich hingegen nur modernisieren, wenn es eine Unterscheidung zwischen dem sozialen Handeln selbst und seinen Objekten gibt, die üblicherweise als „Natur“ beschrieben werden. Finanzmärkte respektieren diese Unterscheidung jedoch schon „seit jeher“ (Mügge 2006: 31) nicht. Finanzmärkte waren schon immer reflexiv und nicht mit einer äußeren „Natur“ befasst, denn Geld entsteht aus sozialem Handeln und Bewertungen aus sozialen Erwartungen. Sie hatten schon immer die unerwünschten Nebeneffekte („Krisen“), die eigentlich die zweite Moderne prägen. Sie werden von den Wirtschaftswissenschaften der zweiten Moderne nicht anders behandelt als von jenen der ersten, mit starken Annahmen im Hinblick auf ihre Fähigkeiten, rationale Bewertungen zu befördern. Mügge (2006: 32) schließt aus diesen Parallelen zwischen den beiden Modernen:

„Die reflexive Modernisierung nahezu aller Gesellschaftsbereiche wird erst dadurch möglich, dass sie einen ‚blinden Fleck‘ hat – ‚Märkte‘ und insbesondere Finanzmärkte als Ort abstrakter Quantifizierung von ‚Werten‘. Marktlogiken werden mehr und mehr zum Anker zeitgenössischen Regierens, während die anderen Orientierungspunkte der ersten Moderne stets mehr im Nebel der Reflektion verschwimmen. Für die Theorie der reflexiven Modernisierung heißt das, dass gegenwärtige Entwicklungen der zweiten Moderne vielleicht mehr auf die ‚Anomalie‘ der (Finanz-)Märkte aufbauen als Kritikern der ersten Moderne recht sein kann. Zugespitzter formuliert: Vielleicht ist die ‚Vermarktung‘ oder ‚Kommodifizierung‘ stets weiterer Teile der Gesellschaft eine notwendige Voraussetzung der zweiten Moderne.“²

Insofern die sozial-ökologische Transformation eine De-Kommodifizierung der Geflechte aus menschlichen und nicht-menschlichen Akteu-

² Man möchte ergänzen: Und des reflexiven Fortschrittsglaubens, der diese immer noch auszeichnet.

ren notwendig macht, die ein Überleben in den Ruinen des Kapitalismus ermöglichen, erfordert sie deshalb vor allem eine kritische Auseinandersetzung mit Finanzmärkten sowie deren schattenwirtschaftlichen und -politischen Implikationen (siehe hierzu den nächsten Abschnitt sowie das in Planung befindliche Jahrbuch 23 in dieser Reihe).

5. Zusammenfassung und normative Implikationen

Die im einleitenden Kapitel beschriebene Empörung über die ersten Monate der zweiten Trump-Administration zeigt, dass die zunehmende Bedeutung schattenpolitischer Phänomene viele Menschen nicht kalt lässt – und das aus gutem Grund. Denn nur darauf zu hoffen, dass die schattenpolitische Governance des Trumpismus und der ihm verwandten politischen Programme an ihren eigenen Widersprüchen (auf die das wechselvolle Schicksal des Tech-Milliardärs Elon Musk als Behördenleiter hindeutet) zugrunde geht, wäre eine fragwürdige Strategie. Und zweifellos haben Checks and Balances im mentalen Setting des 47. U.S.-Präsidenten wenig Bedeutung.

Dennoch: Es ist daran zu erinnern, dass Trump und seine schillernenden Umfeldler keineswegs die Erfinder jener Teufelskreise der wechselseitigen Verstärkung ökonomischer und politischer Macht sind, welche den Kapitalismus gerade seit den 1990er Jahren prägen. Vielmehr können die Wahlerfolge Trumps als Folge der Defizite diverser Versionen von neoliberaler und neokonservativer Mainstream-Schattenpolitik verstanden werden: Der am Rande der guten New Yorker Gesellschaft groß gewordene Immobilienmogul ist zum authentischen Protagonisten einer Bewegung geworden, die solche schattenpolitischen Tendenzen auf die Spitze treibt, und zwar nicht zuletzt indem er sie anprangert – auch in Bezug auf die Orientierung an kurzfristigen Vorteilen aller Art und die Vernachlässigung globaler, längerfristiger und institutioneller Perspektiven.

Im Hinblick auf den weiteren Umgang mit den in diesem Jahrbuch beschriebenen Entwicklungen ist neben der digitalen und sozial-ökologischen Transformation deshalb auch die dritte „große“ Transformation in den Blick zu nehmen, die die letzten Jahrzehnte gekennzeichnet hat. Jene Transformation, die dem ursprünglichen Transformationsverständnis Karl Polanyis am nächsten kommt: Die zunehmende Ent-

bettung marktförmiger und privatwirtschaftlicher Aktivitäten aus ihrem gesellschaftlichen Kontext, die sich in Form von Globalisierungs- und Finanzialisierungstendenzen ergeben hat. Dabei würde es gerade beim Thema dieses Jahrbuchs analytisch zu kurz greifen, Globalisierung und Finanzialisierung lediglich als Ausdruck einer „neoliberalen Ideologie“ oder als das Werk einer wie auch immer strukturierten „neoliberalen Elite“ zu beschreiben. Die zunehmende Ausdehnung von Märkten sowie die zunehmende Bedeutung von Rationalitäts- und Legitimitätsvorstellungen der Finanzwelt sind Ausdruck von reflexiven Modernisierungsprozessen, Formen der Ausdifferenzierung von Gesellschaft und Ausdruck der ungeahnten Expansionsfähigkeit bestimmter gesellschaftlicher Teilsysteme. Diese greifen um sich, solange nicht harte Grenzen durch andere Systeme gesetzt werden, die politischen, partikular-populistischen oder planetaren Ursprungs sein können.

Ein Großteil der schattenwirtschaftlichen und -politischen Aktivitäten, die sich gerade im Rahmen (und an der Schnittstelle, siehe hierzu Klüh 2023 sowie Lenz 2021, 2022) der beiden anderen Transformationen in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben, spielt sich exakt in jenen Bereichen ab, die diese „große“ Transformation geschaffen hat. Drei Beispiele veranschaulichen dies besonders eindrücklich:

- Der globale Schattenbankensektor, der sich durch einen besonders hohen Globalisierungs- und Digitalisierungsgrad auszeichnet, ist aktuell einer jener Bereiche, der die sozial-ökologische Transformation besonders erschwert (Schairer et al. 2025). Die sich dort bildenden, von öffentlicher Einflussnahme weitgehend abgeschirmten Kapitalsammelstellen behindern nicht nur eine effektive Besteuerung hoher Vermögen und somit eine stabile öffentliche Transformationsfinanzierung. Sie bieten sich auch zur Akkumulation von Vermögenswerten an, deren Werthaltigkeit auf einer Beibehaltung fossiler und anderer ökologisch problematischer Wirtschaftsweisen beruht. Damit wird nicht nur die Wirkungsweise regulatorischer Maßnahmen erheblich behindert, sondern auch das Greenwashing „regulärer“ Finanzintermediäre und Unternehmen erleichtert.
- Kryptowährungen sind für ihre zentrale Rolle bei der Ermöglichung schattenwirtschaftlicher Wirtschaftsaktivitäten einschlägig bekannt. Ebenso verursachen sie erhebliche ökologische Schäden, vor allem durch den hohen Energieverbrauch. Doch Kryptowährungen haben

auch schattenpolitische Dimensionen, wie gerade die Erfahrungen seit 2024 zeigen. Sie befördern eine Vorstellung gesellschaftlicher Steuerung jenseits etablierter Formen demokratischer Politik und Staatlichkeit (siehe hierzu das Jahrbuch 20 aus dieser Reihe)

- Ein wesentlicher Hinderungsgrund für eine effektive Durchsetzung und Finanzierung klima- und umweltpolitischer Maßnahmen liegt genau in jener Ausweitung und Entbettung von Märkten, die gemeinhin mit dem Begriff „Globalisierung“ beschrieben werden. Einige der entscheidenden Phänomene, die eine konsequente Besteuerung und direkte Regulierung klima- und umweltschädlichen Verhalten behindern, sind in der Tat nur unter den Bedingungen einer hochglobalisierten Wirtschaft möglich, wie insbesondere das sogenannte Carbon Leakage und insgesamt Phänomene regulatorischer Arbitrage. Vor allem jedoch sind sowohl einer steuer- als auch schuldenbasierten Finanzierung sozial-ökologischer Politik umso engere Grenzen gesetzt, je höher die internationale Kapitalmobilität ist.

Die drei genannten Bereiche veranschaulichen den erheblichen Kontrollverlust demokratischer Politik, der durch die funktionale Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften angetrieben wird. Der Trumpismus und seine Varianten greifen die Angst vor diesem Kontrollverlust auf und postulieren, dass die Funktionssysteme mit einer Kombination aus ProbleMLEUGNUNG (insbes. im Hinblick auf ökologische Fragen), Abschottung, nationalem Egoismus, Autoritarismus und einer Konzentration auf wenige Politikfelder integriert und einem großen Projekt untergeordnet werden können. Darauf, dass dies in komplexen und eigentlich aus guten Gründen ausdifferenzierten Teilsystemen zu vielen Friktionen und hohen Kosten führt, hat schon Luhmann hingewiesen. Diese Friktionen sind in Transformationen jedoch nicht zu vermeiden. Trump gelingt es, dies sogar zum eigenen Vorteil zu nutzen, indem er das eigene Lager um seine Bereitschaft und Leidenschaft, diese Kosten in Kauf zu nehmen, schart.

Es wäre in diesem Zusammenhang deshalb gefährlich, auf ein Steuerungsversagen zu hoffen und darauf zu setzen, dass sich die neuen Autoritarismen aufgrund der von ihnen ausgelösten Friktionen irgendwann schon selbst demontieren werden. Für diejenigen, die sich aufgrund dieser Entwicklungen gegen eine weitere Ausweitung des Trum-

pismus und seiner Varianten stemmen möchten, stellt sich vielmehr die Frage: Welches alternative Programm der Integration unterschiedlicher Teilsysteme und der Schaffung einer starken politischen Identität, die eine andere Transformation und Wiedereinbettung ermöglicht, ließe sich konzipieren? Welches politische Projekt ist stark genug, sich als Gegenpol zum Trumpismus zu etablieren und entsprechende politische Leidenschaften und Mobilisierungsfähigkeiten auszubilden? Vor dem Hintergrund der Ausführungen in Abschnitt 3 und 4 deutet sich zumindest eine Option an: eine konsequente Ausrichtung demokratischer Politik an den Verteilungsimplicationen aktueller Transformationen, vor allem mit Blick auf die bereits erfolgte Überschreitung planetarer Grenzen sowie die absehbare Überschreitung materieller Grenzen des Wachstums, die immer auch Grenzen der Globalisierung sind (siehe dazu das Jahrbuch 21 aus dieser Reihe). Eine solche Ausrichtung wäre auch eine zumindest partielle Loslösung von den Paradigmen der reflexiven Moderne, die man dann entweder mit Polanyi schlicht als Phase der Wiedereinbettung oder in Anlehnung an Adornos negative Dialektik als negativ-reflexive Moderne bezeichnen könnte. Leider deutet wenig darauf hin, dass sich demokratische Politik aktuell in diese Richtung bewegt.

Literatur

- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, U. (1992): Reflexive Modernisierung, in: Wissenschaftskolleg zu Berlin, Jahrbuch 1990/91, 23-26.
- Beck, U.; Giddens, A.; Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Charbonnier, P. (2022): Überfluss und Freiheit: eine ökologische Geschichte der politischen Ideen, Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag.
- Crawford, K. (2021). The atlas of AI: Power, politics, and the planetary costs of artificial intelligence, Yale University Press.
- Denzau, A. T.; North D. C. (1994): Shared Mental Models: Ideologies and Institutions, in: *Kyklos* 47, 3-31.
- Fuchs, C., Merli, F., Pöschl, M., Sturm, R., Wiederin, E., Wimmer, A. (Hg.) (2015-2019): Staatliche Aufgaben, private Akteure. 3 Bde., Heidelberg: C.F. Müller; Wien: Manz; Zürich: Dike.

- Gray, J. (2024): The conservative paradox, in: *The New Statesman*, 31.01.2024, online unter <https://www.newstatesman.com/politics/uk-politics/2024/01/conservative-paradox-john-gray> (letzter Zugriff: 27.08.2024).
- Held, M.; Kubon-Gilke, G.; Sturn, R. (Hg.) (2008): *Macht in der Ökonomie (Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 7)*, Marburg: Metropolis.
- Jiang, M. (2024): Models of State Digital Sovereignty from the Global South: Diverging Experiences from China, India and South Africa, in: *Policy & Internet*, 16(4), 727-738.
- Kallhoff, A. (2014): Why societies need public goods, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, 17(6), 635-651.
- Klüh, U. (2015): Denken in Makroregimes und Große Transformationen: Eine Anwenderperspektive, in: Held, M.; Kubon-Gilke, G.; Sturn, R. (Hg.), *Macht in der Ökonomie (Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 15)*, Marburg: Metropolis, 245-278.
- Klüh, U. (2022): Antagonistische (Wirtschafts-)Politik und sozial-ökologische Transformation: Drei Thesen, in: Dujmovits, R.; Fehr, E.; Gehrke, C.; Kurz, H. D. (Hg.), *Markt, Staat, Gesellschaft*, Marburg: Metropolis, 147-172.
- Klüh, U. (2023): Political Territoriality in a Limited World. Politicizing the European Green Deal, in: Sturn, R.; Klüh, U. (Hg.), *Wachstums- und Globalisierungsgrenzen (Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 20)*, 183-212.
- Klüh, U. (2025): „Hyperledger“ versus „Hyperscaler“: Can coepetition on decentralized platforms be a countervailing power to Big Tech?, in: *Proceedings of the Technical University of Sofia*, 75(1).
- Klüh, U.; Hütten, M.; Kleinod, S. (2022): Blockchains und die Zukunft von Arbeit und Organisation – Technologische Mythen als Elemente eines umfassenden Wissensmanagements im digitalen Wandel; HBS Working Paper Nr. 245.
- Latour, B. (2017): The New Climate, in: *Harper's Magazine* (May 2017), 13-16, online unter <https://harpers.org/archive/2017/05/the-new-climate/> (letzter Zugriff: 04.10.25).
- Latour, B. (2018): *Das terrestrische Manifest*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Latour, B.; Schultz, N. (2022): *Zur Entstehung einer ökologischen Klasse: Ein Memorandum*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mügge, D. (2006): Der blinde Fleck der zweiten Moderne. Globale Finanzmärkte und die Theorie reflexiver Modernisierung, in: *Soziale Welt*, 57(1), 31-46.
- Rodrik, D. (2011): *The globalization paradox: why global markets, states, and democracy can't coexist*, Oxford University Press.

- Schairer, S.; Fichtner, J.; Baioni, R.; Pereira de Castro, D.; Aguila, N.; Urban, J.; Haufe, P.; Wullweber, J. (2025): Out of the Light, Into the Dark: How ‚Shadow Carbon Financing‘ Hampers the Green Transition and Increases Climate-related Systemic Risk (March 28, 2025), online unter <https://ssrn.com/abstract=5196946> (letzter Zugriff: 04.10.25).
- Stiglitz, J. E. (1999): Whither Reform? Ten Years of the Transition, online unter <https://ideas.repec.org/a/nos/voprec/1999-07-0500.html> (letzter Zugriff: 07.10.23).
- Sturn, R. (1993): Postsocialist Privatization and Agency-related Property: From Coase to Locke, in: *European Journal of the History of Economic Thought*, 1, 63–86.
- Sturn, R. (2004): Review: Warren J. Samuels, *Economics, Governance and Law*, in: *The European Journal of the History of Economic Thought*, 11, 183-207.
- Sturn, R. (2020): Überwachungskapitalismus, Überwachungsstaat und Öffentlichkeit: Politische Ökonomie der Digitalisierung, in: Sturn, R.; Klüh, U. (Hg.), *Blockchained? Digitalisierung und Wirtschafts-Politik (Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 18)*, Marburg: Metropolis, 245-278.
- Vahabi, M. (2017): A critical survey of the resource curse literature through the appropriability lens. CEPR Working Papers 2017-14, Centre d’Economie de l’Université de Paris North.